



Hannes Rockenbach, Stadtrat (Parteiloses Bündnis SÖS),
Kandidat bei der Wahl zum Oberbürgermeister

Nach-Denk-Zettel Nr.

Schule in Bewegung

Das Bildungswesen (frühkindliche Erziehung, KiTa, Schulausbildung, Berufs- und Hochschulausbildung) bestimmt die Zukunftsperspektiven unserer Kinder. Es muss ihnen die geistigen, ethischen und fachlichen Fähigkeiten vermitteln, mit deren Hilfe sie die Welt von morgen gestalten.

Selbständig denkende und selbstbewusste Menschen müssen das Ziel sein.

Deshalb darf sich Bildung nicht auf die Stoffvermittlung beschränken: Theater spielen, musizieren, Sport treiben, experimentieren, forschen – jedes Kind ist anders, seine Fähigkeiten müssen entdeckt und gefördert werden. Wenn man Bildung so definiert, muss unser Bildungssystem dringend einer Reform unterzogen werden. Der Diskurs darüber hat schon begonnen, die Auseinandersetzungen sind in vollem Gange. Deshalb will ich mich hier auf die aktuellen Reformpläne und die damit verbundenen Probleme in Stuttgart beschränken.

Neue Schulpolitik – viele Fragen

Im Sommer veröffentlichte die Stadtverwaltung den Schulentwicklungsplan der Stadt Stuttgart (SEP). Bei der Auftragsvergabe war sie noch davon ausgegangen, dass in Baden-

jeder Schule vorhanden und welche werden gebraucht? Welche Schule bleibt trotz Schülerschwund erhalten, welche kann mit welcher zusammengelegt werden? Gibt es ein neues Gymnasium und wo?

Aber die inhaltliche Ausgestaltung der Schulen, neue pädagogische Ziele und Veränderungen sind nicht berücksichtigt. Sie erfordern eine neue Planung.

Die grün-rote Landesregierung versprach eine neue Schulpolitik, die im Wesentlichen drei Punkte vorsieht:

- > Die Eltern bestimmen seit diesem Frühjahr selbst, auf welche weitergehende Schule ihr Grundschulkind geht, die Grundschulen haben nur beratende Funktion.
- > Neben dem eingeführten G8 wird auch wieder das G9 möglich, um mit zweierlei Geschwindigkeiten zum Abitur gelangen zu können.
- > Die Einführung einer Gemeinschaftsschule, die mit einer neuen Lehr- und Lernkultur allen Schülern ein gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse bzw. bis zum Abitur ermöglicht.



Württemberg die CDU die Regierung stellt und das dreigliedrige Schulsystem erhalten bleibt.

Beim SEP geht es im Wesentlichen um formale Fragen, die die Rahmenbedingungen betreffen: Welche Räume sind in

Für Stuttgart ergeben sich daraus fünf Problemkreise:

1. Die freie Entscheidung der Eltern wirkt sich auf die Anmeldezahlen der verschiedenen Schul-Typen aus: Haupt-



bzw. Werkrealschulen werden noch weiter ausdünnen, Realschulen und Gymnasien erwarten einen größeren Andrang, der bewältigt werden muss.

2. Statt das neunjährige Gymnasium flächendeckend anzubieten, gibt es nun die kostengünstige Vorgabe, dass G9 nur bei 4-zügigen Schulen eingeführt werden darf, also wenn die Schule auch regelmäßig vier Klassen in einem Jahrgang hat. Dies trifft für Stuttgart auf kein einziges Gymnasium zu! Vier Stuttgarter Gymnasien bewarben sich dennoch, das Land ließ nur eines, das Zeppelin-Gymnasium, zum Zug kommen.

3. Die neuen Gemeinschaftsschulen entstehen im Land bisher meist aus Haupt- bzw. Werkrealschulen, ihre Weiterführung bis zum Abitur ist nicht gesichert. Vorgabe ist, dass diese Schule mindestens 2-zügig sein muss – auch diese Vorgabe kann nach den Anmeldezahlen für die Klasse 5 an kei-

sonalschlüssel umgesetzt werden? Wie kann man Gymnasial-Lehrer dafür gewinnen? Denn nur mit ihnen zusammen kann man Eltern, deren Kinder eine Gymnasialperspektive haben, auch von dieser Schulart überzeugen.

Sie braucht engagierte Lehrer, deshalb muss ein gleiches Stundendeputat von 25 Unterrichtsstunden und A13 für alle Lehrer/-innen gelten.

Was kann die Ganztageschule?

Bis zum Jahr 2018, spätestens 2020, sollen die Grundschulen in Stuttgart zu Ganztageschulen werden, um allen Kindern, unabhängig von der Herkunft, ein breites Bildungsfundament zu geben. Außerdem wird damit der Notwendigkeit nach verlässlicher Ganztagsbetreuung Rechnung getragen.

Die Übergangsform der „Schülerhäuser“ macht aber deutlich, dass auch hier noch viele offene Fragen geklärt werden



ner einzigen Haupt- bzw. Werkrealschule in Stuttgart eingehalten werden. Die Landesregierung hat jetzt 42 Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg an den Start gebracht. Das ist der erste richtige Schritt, das selektive Schulsystem im Land zu überwinden. Eine Stuttgarter Schule ist noch nicht dabei, aber es gibt an mehreren Haupt- und Werkrealschulen großes Interesse für die nächste Anmeldung.

4. Eine wesentliche Ursache, warum Realschulen, Gymnasien oder auch Lehrer und Eltern der neuen Schulform skeptisch gegenüberstehen, ist die lückenhafte inhaltliche Information und die fehlende Diskussion über das pädagogische Konzept und die Chancen für die Kinder.

5. Auch stimmen die Rahmenbedingungen für die Lehrer noch nicht: Wie soll das Ganztagesangebot mit welchem Per-

müssen, wie z.B. die Entlohnung und Weiterqualifizierung von Betreuungskräften.

Für manche Eltern stellt sich auch die Frage: Wie flexibel ist die Ganztageschule, wenn Kinder außerschulische Aktivitäten wahrnehmen möchten, beispielsweise zusätzlichen Musikunterricht oder Sport?

Bisher lässt die Stadt den Eltern nur die Wahl zwischen verbindlicher Ganztageschule oder Halbtagschule.

Wie können Vereine und andere Jugend- und Bildungseinrichtungen einbezogen werden? Auch hier gibt es Klärungsbedarf, die Stadt ist gefordert.

Defensive Stadtverwaltung

Die Stadt Stuttgart zeichnet sich nicht gerade durch Reform-eifer aus. Wo unterstützt sie vernehmbar die Forderung nach mehr G9-Zügen in Stuttgarter Gymnasien? Denn Stuttgart



braucht sicher mehr als ein einziges G9-Gymnasium! Auch hat sie bisher beim Land keine einzige Gemeinschaftsschule angemeldet. Die Schulbürgermeisterin, Susanne Eisenmann, begründet dies hauptsächlich mit der noch laufenden Prüfung des Schulentwicklungsplans und der mangelnden Resonanz aus den Schulen.

Klar ist, eine Veränderung in Schulen braucht Zeit – aber sie braucht auch Ermutigung und ein großes Engagement der Beteiligten, seien es die Stadt, die Schulen, die Lehrer und Eltern oder Verbände und Gewerkschaften.

Frischer Wind in die Schulpolitik der Stadt

Das dreigliedrige Schulsystem muss überwunden werden. In Stuttgart haben ca. 40 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Die Hauptschulen sind in Gefahr, Ghet-

dagogische Information und eine ausführliche Beratung von Schulen und Bürgern. Motivation und Engagement entwickeln sich nur, wenn man weiß, wofür man sich engagiert und wenn man einen Weg der Umsetzung sieht.

Für die Lehrerinnen und Lehrer an den Gemeinschaftsschulen müssen gleich gute Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eine neue Schule ist Pionierarbeit und braucht engagierte Pädagogen und die Unterstützung von Stadt und Land. Die Schulen müssen räumlich gut ausgestattet sein, auch mit Schulküchen, in denen die Schüler/-innen mitkochen. Am besten mit frischen, biologisch erzeugten regionalen Produkten, damit sie gesunde Ernährung als Alternative zum Fast Food kennenlernen.

Übrigens: Gut geplante Schulen würden sich nach Schülende als Bürgerzentren für VHS-Kurse, Vereine, Theateraufführungen, Konzerte und Sport hervorragend eignen.



toschulen zu werden. Die Trennung der Schülerinnen und Schüler nach Schularten ist auch eine soziale Trennung. Wenn Kinder nur ihresgleichen kennen und nicht über den Tellerrand ihrer sozialen Herkunft hinaussehen, schadet das auch der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Die Kinder der Migranten brauchen eine Perspektive und mehr Wertschätzung, ihre Potenziale müssen entdeckt und gefördert werden.

Damit die Gemeinschaftsschule auch wirklich für alle attraktiv wird, muss sie die Erweiterung bis zum Abitur anbieten. Sonst werden Schüler mit gymnasialer Empfehlung dort nicht angemeldet und es besteht die Gefahr, dass sie zur neuen Restschule wird.

Eine Gemeinschaftsschule sollte das Ziel für jeden Stadtteil sein. Ein Großprojekt wie diese Reform kann aber nicht per Dekret durchgesetzt werden, es braucht Zeit, die Betroffenen wollen mitreden. Dazu gehört eine umfassende fachlich-pä-

Berufsschulen nicht vernachlässigen

Viel zu wenig in der öffentlichen Diskussion sind die Berufsschulen. An beruflichen Schulen lernen Schüler/-innen aus allen Schularten: im dualen System, wenn sie eine Berufsausbildung machen, an beruflichen Vollzeit- oder Teilzeitschulen, wenn sie sich beruflich fortbilden oder wenn sie ihren allgemeinen Schulabschluss erhöhen oder nachholen wollen. Viele Schüler/-innen aus bildungsfernen Schichten möchten beispielsweise in einer Berufsfachschule die mittlere Reife, an einem Berufskolleg die Fachhochschulreife oder an einem beruflichen Gymnasium die allgemeine Hochschulreife erwerben. Die Defizite allgemeinbildender Schulen und die Notwendigkeit besonderer Förderung werden im Bereich der beruflichen Schulen besonders deutlich, wenn diese jungen Menschen die von Wirtschaft, Industrie und Hochschulen ge-



forderte Ausbildungs- bzw. Studierfähigkeit erreichen wollen. Beispielhafte Modellprojekte in Zusammenarbeit mit Theatern in Stuttgart, dem Literaturhaus oder städtischen Einrichtungen wie dem museumspädagogischen Dienst haben gezeigt, dass die gezielte Förderung Jugendlicher und junger Erwachsener große Erfolge hat. Solche Projekte müssen zur ständigen Einrichtung werden, denn sie fördern die sprachlichen, kulturellen, sozialen und kreativen Kompetenzen – das schaffen die beruflichen Schulen alleine nicht. Hier hat neben dem Land Baden-Württemberg auch die Stadt Stuttgart eine wichtige Aufgabe.

Außerdem könnten freie Künstler aus der bildenden und darstellenden Kunst, Sprecherzieher, Schriftsteller und Journalisten mit pädagogischen Ambitionen, die es in Stuttgart in großer Zahl gibt, hier ein gutes Betätigungsfeld finden, das ihnen zudem helfen würde, ihr oft geringes Einkommen ein wenig aufzubessern.

Zwei Nachträge:

- 1) Das Schulsanierungsprogramm muss zügig umgesetzt und nach Bedarf erweitert werden. Verrottete Schulen (eine Hinterlassenschaft der Gemeinderatsmehrheit) darf es nicht geben.
- 2) Ebenso konsequent muss man die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz erfüllt wird. Die Verkürzung der Regelbetreuungszeiten in den KiTas, der alle Gemeinderatsfraktionen außer SÖS/Linke im Juli 2012 zugestimmt haben, muss zurückgenommen werden.



Turner verhindern reicht nicht!

Viele S21-Gegner und von der Landesregierung Enttäuschte wollen nicht zur Wahl gehen, auf keinen Fall Grün oder Rot wählen, oder aus Protest ungültig wählen. Dadurch würde Turners Anteil an den abgegebenen Stimmen wachsen. Je mehr S21-Gegner zu Wahl gehen, desto geringer ist diese Gefahr. Je höher Hannes Rockenbauchs Anteil, desto sicherer ist: Turner kommt im ersten Wahlgang nicht durch. Aber Turner verhindern reicht nicht, wir brauchen einen OB, der gegen Stuttgart 21 und insgesamt für einen Politikwechsel steht. Dafür kandidiert Hannes Rockenbauch.

Spenden Sie für die Wahlkampagne von Hannes Rockenbauch!

Von Null auf 40.000 Euro – mit Ihrer Hilfe.

Wir haben die Wahlkampagne mit einem Kontostand von 0 Euro begonnen, in der Hoffnung auf Ihre Unterstützung. Unser Wahlkampfteam arbeitet ehrenamtlich, wir planen einen sparsamen Wahlkampf. Wir haben keine Sponsoren, wir setzen auf Ihre Spendenbereitschaft.

Diese Art von Förderung der politischen Meinungsbildung auf kommunaler Ebene ist zu 50 Prozent von der Einkommenssteuer abziehbar, d.h.: pro Person kann man bis zu 1.650 Euro spenden und 825 Euro von der Steuer zurückbekommen.

SÖS-Spendenkonto für unsere Wahlkampagne:

KTO: 68 998 702 · BLZ: 430 609 67 · GLS Bank

Stichwort: Hannes Rockenbauch

Oder online über die Homepage:

www.rockenbauch.de



www.facebook.com/meinobkandidat

August 2012

Bildnachweis:

Yvonne Seidel

Josh von Staudach

Graffiti Fotografie / Jo Röttgers

Wahlkampagnen-Büro Hannes Rockenbauch · Urbanstraße 72 · 70182 Stuttgart

Hannes Rockenbauch denkt nach über die Zukunft unserer Stadt und bittet Sie um Ihre Meinung und Vorschläge.

Schreiben Sie an: info@meinobkandidat.de

Weitere Nach-Denk-Zettel auf www.rockenbauch.de